

Dunkelziffer Unbekannt

Rassismus & rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf

Sommer 2020

Titelbild:

16. Dezember 2019

NPD-Veranstaltung in Marzahn-Mitte

In der Nähe des Einkaufszentrums "Eastgate" führte die neonazistische NPD eine Veranstaltung durch, die sie selbst als "Mahnwache" bezeichneten. Die Veranstaltung wurde von 10 bis 12 Neonazis besucht und richtete sich offenbar gegen das Richtfest für eine Geflüchtetenunterkunft im Oktober 2019.

Quelle: Augenzeug*in / Register Marzahn-Hellersdorf

←

Impressum

Dunkelziffer Unbekannt / Heft 5

Juni 2020

Herausgegeben von: AK Rechte Gewalt, Antirassistische

Registerstelle, AStA Alice Salomon Hochschule

Kontakt: arreg@ash-berlin.eu

V.i.S.d.P.:

B.Hahn

Alice-Salomon-Platz 5

12627 Berlin

Die Verteiler_innen des Heftes sind nicht mit den Macher_innen identisch. Die Texte geben nur die Meinung der jeweiligen Autor_innen wieder.

Wir verwenden als Geschlechterschreibweise den Gendergap (z.B. Aktivist_innen), um der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen Rechnung zu tragen. Das Sternchen hinter Männer und Frauen* setzen wir, um auf (heteronormative) Zweigeschlechtlichkeit als soziales Verhältnis zu verweisen. Die Begriffe »Mann« und »Frau« sind kein fixen, natürlichen Kategorien, sondern Positionen in diesem Verhältnis.*

Diese Ausgabe erscheint mit freundlicher Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung und dem Netzwerk Selbsthilfe Berlin.

Editorial

Welcome everybody, it's Dunkelziffer No. 5!

In der Einleitung zur letzten Ausgabe haben wir noch gespannt und mit dunkler Vorahnung auf den Ausgang der Landtagswahlen in Thüringen erwartet. Es ist schlimmer gekommen als befürchtet. In dieser Ausgabe ist der Tabubruch seitens der FDP zu problematisieren, die ihren Ministerpräsidenten mit Stimmen der AfD hat wählen lassen. Berlinweit wurde erstmals in der BVV Marzahn-Hellersdorf ein Antrag der AfD mit Beihilfe von SPD und CDU durchgebracht. Auf parteipolitischer Ebene gab es also weiterhin viele Anlässe sich zu empören, politische Geschehnisse zu dokumentieren, Recherche zu betreiben und diese kontextualisiert zu veröffentlichen.

Außerhalb der Parlamente waren die Vorfälle ebenso zahlreich wie schockierend. Der Anschlag in Halle wurde von einem Täter verübt, dessen Motive Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und Verschwörungsmysen waren. In Hanau werden neun Menschen mit rassistischem Tatmotiv ermordet. Um weiterhin die Augen vor den sich häufenden Terrorakten extrem Rechter und ihrer Netzwerke verschließen zu können, werden Hans-Georg Maaßen und Sigmar Gabriel (SPD) nicht müde, sich der Hufeisentheorie zu bedienen und vor „links motivierter“ Straftaten zu warnen, während es darum gehen sollte, den rechten Terror als diesen zu erkennen und zu benennen. Die Gleichsetzung von linker und rechter Gewalt greift in ihrer Analyse zu kurz verschleiert, und sie verharmlost die Gefahr von rechter Gewalt. Außerdem wurden bei den Ermittlungen zum Mord an Walter Lübcke (CDU) Verbindungen bis in den NSU-Komplex nachgewiesen.

In Marzahn-Hellersdorf ist es neben einer Vielzahl an extrem rechter Propaganda durch Sticker, Graffiti oder die Wahlwerbung von NPD, III. Weg und AfD auch zu einer Anzahl direkter Gewalt in der Öffentlichkeit gekommen, wie zum Beispiel den Schüssen, die vor einer Geflüchtetenunterkunft abgefeuert wurden, dem Tod einer Person, die von einem Polizeifahrzeug überfahren wurde oder der Bedrohung einer Frau durch das Einritzen eines Hakenkreuzes in ihre Wohnungstür.

Da Geschehnisse außerhalb des parteipolitischen Spektrums und der staatlichen Institutionen für uns von besonderem Interesse sind, wird auch in dieser Ausgabe anhand der gemeldeten Vorfälle bei der Antirassistischen Registerstelle auf rechtsextreme und menschenverachtende Aktivitäten im Bezirk Marzahn-Hellersdorf aufmerksam gemacht. Um diese gesamtgesellschaftlich betrachten und einordnen zu können, wird der alljährliche Bericht von verschiedenen themenbezogenen Beiträgen begleitet.

Die Dunkelziffer richtet ihren Blick bewusst in den Kiez Marzahn-Hellersdorf und beschäftigt sich dezidiert mit den Geschehnissen und Entwicklungen im Bezirk. Vertiefend eingegangen wird unter anderem auf die bezirkliche Gedenkkultur ausgehend von dem unwürdigen „stillen Gedenken“ anlässlich des 75. Gedenktags für Opfer des Faschismus auf dem Marzahner Parkfriedhof. In Bezug auf die Alice Salomon Hochschule stellen Studierende der Gruppe „Ich bin da“ Ergebnisse ihrer Studie zu Rassismus in Seminaren vor. Außerdem kommen Lehrkräfte zu Wort, um über die Relevanz von Antisemitismus in der Ausbildung von Sozialarbeiter_innen und die derzeitige mangelhafte Thematisierung in Seminaren zu sprechen.

Mit Blick auf die Covid-19 Pandemie wird die Leerstelle besonders sichtbar. Strukturelle Diskriminierung konnte sich nicht länger hinter leeren Worthülsen verstecken. So fanden sich auf sog. Hygienesdemos Reichsbürger*innen, extrem Rechte, Öko-Hippies, linke Umweltdemonstrant*innen, Demokrat*innen, Aluhüte jeglicher Fasson sowie Linke und Liberale, die Antisemitismus und Antisemit*innen auf den Demos geduldet haben, kamen als Querfront zusammen, um gegen „die da oben“ und die Corona-Beschränkungen mit festen Fuß auf dem Grundgesetz zu demonstrieren.

Wir freuen uns Euch die Ergebnisse der Registerstelle und der Arbeit des Arbeitskreis Rechte Gewalt sowie des Asta-Referats für Antirassismus und Antifaschismus zu präsentieren!



←

4. März 2019

Diskriminierung im Jobcenter

Ein Jobcenter in Marzahn-Hellersdorf verweigerte die Annahme eines ALG II-Antrags einer rumänischen Person mit dem Hinweis, dass kein Dolmetscher dabei sei. Das Jobcenter ist zur Annahme eines ALG-II-Antrags verpflichtet.

Quelle: Amaro Foro

Inhalt

AfD Gedenken	06
Angriffe der AfD auf demokratische Akteur*innen in Marzahn-Hellersdorf.....	08
Nazis raus aus helfenden Berufen.....	10
Urteil im Prozess gegen Neonazi Patrick Krüger.....	12
Jahresbericht 2019.....	14
Rassismus an der ASH.....	20
Nicht allein im Fall von Diskriminierung	22
Antisemitismus – eine curriculare Leerstelle.....	24
Die antirassistische Registerstelle der ASH Berlin.....	28
Verschwörungsmythen.....	29
Das „rand.gestalten Festival“.....	30

AfD Gedenken

Gedenken unter Ausschluss der Opfer von der Initiative „Antifaschistisch Gedenken“

Es ist der 25. Januar 2020 gegen elf Uhr mittags. In wenigen Minuten soll auf dem Parkfriedhof in Berlin-Marzahn eine bezirkliche Veranstaltung zum „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“ stattfinden. Auch die AfD ist eingeladen. Deswegen ist die Stimmung angespannt. Vor dem Friedhof ist gerade eine vom VVN-BdA („Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“) unterstützte Kundgebung zu Ende gegangen, die sich gegen die Teilnahme der Partei richtete. Zudem sind zahlreiche Antifaschist*innen aus ganz Berlin an den östlichen Stadtrand gekommen. Auch sie wollen den antifaschistischen Charakter des Gedenkens unterstreichen und eine Kranzniederlegung der AfD verhindern. Insgesamt stehen rund zweihundert Menschen mit Kränzen und Blumen vor dem Friedhofseingang. Unter ihnen sind Vertreter*innen von Betroffenenverbänden, Botschaften sowie der demokratischen Parteien im Bezirk. Doch das grüne Metalltor ist mit einer Handschelle verschlossen. Dahinter steht eine Reihe Polizist*innen. Hämisch grinsend bewachen sie den

Eingang und lassen keine Menschen auf das Gelände. Auf dem Friedhof ist die Situation ähnlich beunruhigend. Zuvor waren einige Menschen über den Hintereingang zur Gedenkstele für die in Marzahn ermordeten Zwangsarbeiter*innen gelangt. Während sie dort auf den Beginn des Gedenkens warteten, schob sie auf einmal die Polizei aggressiv vom Denkmal weg. Kurz darauf erreicht eine etwa zehnköpfige Abordnung des Bezirksverbandes der AfD eingerahmt von Polizeibeamt*innen den Ort. Dort sind sie nun fast die einzigen Anwesenden. Alle anderen wurden in der Zwischenzeit ausgesperrt oder abgedrängt. Das von der AfD getragene Blumengesteck kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nie um ein würdiges Gedenkinging. Die AfD-Mitglieder machen unaufhörlich Fotos mit ihren Smartphones und haben sogar zwei professionelle Kameras für Filmaufnahmen dabei. Das Gedenken wird so zur Plattform der politischen Inszenierung einer neofaschistischen Partei. Erst mit einer zwanzigminütigen Verspätung wird der Haupteingang des Friedhofes geöffnet. Leider war das Trauerspiel damit noch

nicht beendet.

Nach der Öffnung des Tores liefen die Wartenden gemeinsam in einer stillen Prozession zur Gedenkstele. Doch wenige Dutzend Meter davor hielten Polizeikräfte, die mit Hunden zwischen den Gräbern verteilt standen, sie erneut an. In den folgenden Minuten entschieden die Polizist*innen willkürlich, wer an der Gedenkveranstaltung teilnehmen

←

Die AfD Marzahn-Hellersdorf beim Gedenken auf dem Parkfriedhof (v.l.n.r.: Jörn Geißler, Bernd Pachal, Maria Arlt, Daniel Birkefeld, Joachim Nedderhut, Jeanette Auricht, Rolf Kessler - Foto von Kim Winkler)



→

Die Teilnehmenden des Gedenkens auf dem Weg zur Stele (Foto von Florian Boillot)



darf und wer abseits stehen bleiben muss. Zahlreiche Kamerad*innen des VVN-BdA, u.a. Hans Coppi, und vor allem junge Antifaschist*innen wurden an der Teilnahme gehindert oder erst verspätet zur Stele vorgelassen. Ungeachtet der unwürdigen Umstände begannen die Organisator*innen die Veranstaltung. Somit musste ein Großteil der Teilnehmenden hinter einer Polizeiabsperrung untermalt von Hundegebell mitansehen, wie die AfD ihren Gedenkkranz ungehindert am Mahnmal ablegen konnte. Erst nachdem die Neofaschist*innen den Friedhof verlassen hatten und die offizielle Veranstaltung für beendet erklärt worden war, ließ die Polizei die Wartenden an die Stele.

Im Nachhinein folgte eine Welle der Empörung. Bundesweit entsetzte das Vorgehen der Berliner Polizei zahlreiche Menschen. Warum errichtete sie an einem solchen Gedenktag eine Wohlfühlzone für Neofaschist*innen und sperrt zugleich antifaschistische Teilnehmende, Nachkommen und Betroffene aus? Bis heute gibt es trotz laufender parlamentarischer Auseinandersetzungen keine zufriedenstellende Antwort auf diese Frage. Die Polizei behauptet, dass sie die Veranstaltung vor Störungen hätte schützen müssen. Doch es gab an diesem Tag keine Störabsicht. Auch für die Ausgesperrten stand das Gedenken an die Opfer des deutschen Faschismus im Mittelpunkt. Diejenigen, die von der Berliner Polizei als störend empfunden wurden, wollten lediglich die politischen und moralischen Lehren des Gedenktages mit Leben füllen. Übersetzt bedeutet die polizeiliche Rechtfertigung, dass ein engagiertes Eintreten gegen die AfD verhindert werden sollte, um eine Kranzniederlegung der Partei mit allen Mitteln und unter allen Umständen durchzusetzen. Der unwürdige Verlauf des Tages war vermeidbar. Die Bezirkspolitik in Marzahn-Hellersdorf hätte nur die AfD ausladen müssen. Doch die Vorsteherin des Bezirksparlaments (Kathrin Henkel, CDU) weigerte sich, da der Ausschluss einer gewählten

Partei nicht möglich wäre. Dennoch hätte der Einladung eine sogenannte Ausschlussklausel angehängt werden können. Dabei handelt es sich um eine bundesweit erprobte Praxis, mit der rassistischen oder völkischen Personen die Teilnahme untersagt wird. Der Ausschluss hätte somit nicht der AfD als Partei, sondern ihren Mitgliedern gegolten. Wenn selbst eine solche kleine Ergänzung unmöglich ist, spricht das Bände über die politische Haltung im Bezirk. Ohnehin hat sich der Konflikt lange angedeutet. Bereits 2019 gab es eine antifaschistische Intervention, die eine Kranzniederlegung der AfD noch verhindern konnte. Es folgten zahlreiche Gespräche zur künftigen Gestaltung des Gedenkens. Doch die Bemühungen verliefen im Sand, da sich der Bezirk trotz Gesprächen mit dem VVN-BdA nicht entschließen wollte, die AfD auszuschließen. Im nächsten Jahr wird sich zwangsläufig etwas ändern müssen. Einerseits ist der Druck im Bezirk gewachsen. Andererseits hat mit dem „Heimatverein Marzahn“ eine zentrale Struktur der bisherigen Organisation des Gedenkens angekündigt, sich in Zukunft von der Ausrichtung zurückzuziehen.

Der Verlauf des Gedenkens in Marzahn-Hellersdorf zeigt deutlich die Gefahren einer Politik ohne Haltung. Der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz ist kein leerer Gedenktag. Es ist ein Tag, der für die mörderischen Folgen des Faschismus steht. Die Worte „Nie Wieder!“ und ihre Bedeutung sind im Angesicht des faschistischen Aufschwungs weltweit aktueller denn je. Wenn sich politische Strukturen hinter parlamentarischen Regeln und Geschäftsordnungen verstecken, ist es die Aufgabe engagierter Menschen, an die geschichtspolitische Lektion dieses Tages und seine antifaschistische Bedeutung zu erinnern und aktiv dafür einzutreten.

Angriffe der AfD

auf demokratische Akteur*innen in Marzahn-Hellersdorf

Die AfD zerrt kontinuierlich an den Rahmenbedingungen demokratischer Strukturen. Die Vertreter*innen der AfD offenbaren ihre Demokratiedistanz immer wieder aufs Neue. Demokratische Akteur*innen im Bezirk wurden und werden zahlreiche Male diffamiert und attackiert. Es gibt unterschiedliche Formen (Akteneinsicht, unangemeldete Besuche, „Inspektionen“, Diffamierungen in sozialen Medien, parlamentarische/kommunalpolitische Anfragen u.a.) von Angriffen der AfD auf die Zivilgesellschaft und öffentliche Institutionen (Demokratieprojekte, zivilgesellschaftliche Akteure, soziale Träger, Vereine, Kultureinrichtungen...). Hier wird immer wieder das mangelnde Demokratieverständnis dieser Partei offensichtlich.

Zentrale Themen der AfD zur Diffamierung demokratischer Akteur*innen sind hierbei u.a. der Vorwurf der Verletzung der Neutralitätspflicht, der Vorwurf des „Linksextremismus“ und der Steuermittelsverschwendung. Einige dieser Angriffe zeigen bei Trägern und Einrichtungen im Bezirk Wirkung: Diese Diffamierungen erzeugen eine Art Schere im Kopf sowie vorausseilenden Gehorsam. Die AfD sitzt somit vielerorts schon quasi „unsichtbar“ mit am Tisch und nimmt indirekten Einfluss.

Ein gut besuchtes Fachgespräch am 3.2.2020 im Haus Kompass unter dem Motto „Engagiert für eine demokratische Kultur - Zur Debatte um das vermeintliche „Neutralitätsgebot“ sowie zum Umgang mit Rechtspopulismus und der extremen Rechten in Marzahn-Hellersdorf“ hat u.a. zu folgenden Wünschen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bezirk geführt: Es sollten funktionierende Informationsstrukturen aufgebaut werden, welche Angriffe und Anfragen der AfD bezüglich Projekten und Trägern dokumentieren. Solidaritätsstrukturen müssen (auch unter den Trägern) entstehen, es sollten gemeinsame Strategien entwickelt werden, und die progressiven Kräfte sollten möglichst geschlossen zusammenstehen. Zudem sollte im Umgang mit der extremen Rechten im Bezirk stärker auf Konfrontation statt Normalisierung gesetzt werden. Vom Bezirksamt und den politischen Parteien werden klarere Reaktionen und Positionierungen bei aktuellen Vorfällen mit extrem rechtem Hintergrund gewünscht.



↑

8. Februar 2019

Angriff auf zwei syrische Jugendliche

Am Helene-Weigel-Platz unterhielten sich kurz nach 17 Uhr zwei syrische Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren. Ein bislang unbekannter Täter soll sich während des Gesprächs den beiden Mädchen genähert und sie rassistisch beleidigt haben. Anschließend schlug der Mann mehrfach den beiden mit der Faust ins Gesicht und entfernte sich durch eine Ladenpassage in unbekanntere Richtung. Die Jugendlichen erlitten bei dem Übergriff Gesichtsverletzungen und mussten in einem Krankenhaus ambulant behandelt werden.

Quelle: Polizeimeldung / Register Marzahn-Hellersdorf

Solange die Mitglieder der Fraktionen der AfD in unserem Bezirk und im Land Berlin sich nicht öffentlich von demokratiefeindlichen Äußerungen und anderen offen faschistischen Aussagen Björn Höckes und anderer Rechtsaußen-Politiker*innen distanzieren, ist eine Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen und deren Gremien mehr als fragwürdig. Hier muss die wehrhafte Demokratie eine ganz klare Kante zeigen.



Die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung ist aktuell wie folgt zu erreichen:

Web: <https://koordinierungsstelle-mh.de>
 Facebook: www.facebook.com/koordinierungsstellemh
 Twitter: <https://twitter.com/demokratiemahe>
 E-Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de
 Tel.: 0152 31 77 13 83
 WhatsApp/
 Signal

Abschließend zitieren wir den ehemaligen CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz zum Thema essenzielle Abgrenzung gegenüber der AfD auch aufgrund der deutschen Geschichte: Es „gibt keinen Handlungsspielraum. Dass jemand demokratisch gewählt worden ist, macht ihn noch nicht zum Demokraten. Auch das wissen wir aus der Geschichte. Man kann anhand der Entwicklung der AfD, anhand der Äußerungen ihres Führungspersonals, anhand ihrer politischen Praxis Punkt für Punkt durchgehen, dass diese Partei inzwischen eine faschistische Partei geworden ist. In der Kurzformel reicht zur Begründung vielleicht aus, dass der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland selber gesagt hat, dass Herr Höcke die Mitte und Seele der Partei ist. Wer sich darüber informieren will, wie diese Mitte und Seele aussieht, der muss nur das Buch von Herrn Höcke lesen: Das Programm ist Ausgrenzung, Geschichtsrevisionismus, Verächtlichmachung unserer parlamentarischen, demokratischen Strukturen. Es ist ein knallhartes, systemveränderndes, letztlich auch Gewalt versprechendes Programm.“ (Quelle: www.republik.ch/2020/02/12/die-faschisten-sind-nur-dort-an-die-macht-gekommen-wo-die-konservativen-ihnen-die-plattform-gegeben-haben).“

Viele Akteur*innen fordern bzw. wünschen sich eine klare Abgrenzungsstrategie gegenüber der AfD und ihrem Umfeld. Die fortschrittliche Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf steht für eine vielfältige und engagierte Demokratie und gegen jegliche Form von Menschenverachtung. Das verbindet uns als Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung auch mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf und anderen zivilgesellschaftlichen Kräften im Bezirk.

Die Koordinierungsstelle wünscht sich ein noch entschlosseneres Zusammenstehen und solidarisches Handeln der Zivilgesellschaft, der Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit, der demokratischen Parteien, des Bezirksamtes und der sozialen Träger im Bezirk!

„Der Begriff der Solidarität beschwört eine Welt, die wir mit anderen Lebewesen teilen. Aber es spielt keine Rolle, was sie sagen oder wie sie mich mit ihren Blicken, ihren Gesten und ihren Berührungen bedrängen. Sie sind da, und ich kann mir nicht vorstellen, wie ich ohne diese vielen Anderen sein könnte.“ (aus: Heinz Bude, Solidarität – Die Zukunft einer großen Idee, Hanser, 2019)

Moritz Marc – Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung
 Marzahn-Hellersdorf

Nazis raus aus helfenden Berufen

Der Fall Marcel Herse in Marzahn

Mit dem Song „*Wir sind gerne weiß.*“ eröffnet die Band „Tätervolk“ 2012 ihren Auftritt beim extrem rechten Festival „Rock für Deutschland“ im ostthüringischen Gera. Im Hintergrund hängt ein Banner vom „Thüringer Heimatschutz“, der über Jahre die wichtigste Neonazi-Vereinigung im Bundesland war. Mitglieder seiner lokalen Sektionen waren u.a. Beate Zschäpe, Uwe Bönhardt und Uwe Mundlos. Zwischen der Selbstenttarnung des NSU und dem Neonazi-Festival liegt kein Jahr.

Der Sänger auf der Bühne heißt Marcel Herse. Er ist eine gefeierte Szenegröße im Bereich des Rechtsrock. Mit seiner Band „Tätervolk“ wird er über Jahre hinweg zu vielen extrem rechten Großevents eingeladen. „*Rock gegen Überfremdung – nationaler Widerstand!*“ schreit Herse ins Mikrofon, das Publikum applaudiert. In der Zeit des Bestehens der Band „Tätervolk“ wurden viele ihrer Songs indiziert, gegen Sänger Herse wurde wegen Volksverhetzung ermittelt.¹

Neben seinen Aktivitäten im Bereich des Rechtsrock ist Herse Mitglied der „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“; einer rockerähnlichen Club-Struktur aus der extremen Rechten, die auch im militanten Neonazi-Milieu gut vernetzt ist. Ihre nicht-öffentlichen Jahrestreffen haben bis zu 200 Personen besucht. Auch namhafte NSU-Unterstützer waren in der Vergangenheit darunter.

Bis mindestens 2016 tritt Herse entweder alleine als Liedermacher, mit seiner Band „Tätervolk“ oder unter den Namen „Marci und Kapelle“ und „Totalverlust“ auf. Noch heute werden CDs seiner Band in rechten Versandhäusern verkauft. 2015 zieht er in den Landkreis Märkisch-Oderland am Rande Berlins und arbeitet für einen bekannten Neonazi als Zimmermann und Dachdecker.² Danach hört man eine Weile nichts mehr von ihm.

Neonazi im Marzahner Kindergarten

Anfang 2019 kündigt der „Bezirkselfternausschuss Kita Marzahn-Hellersdorf“ auf seiner Homepage eine Vollversammlung im Rathaus am Alice-Salomon-Platz an. Als Referent eines Workshops steht Marcel Herse auf der Tagesordnung. Der bekannte und nachweislich militante Neonazi soll für eine Kindertagesstätte aus Marzahn ein Anti-Gewalt-Projekt vorstellen und praktische Tipps vermitteln.

Auf der Homepage heißt es dazu: „*Wir laden zu einem anregenden Austausch ein, u. a. mit Marcel Herse von der Kita ‚Bergzwerge‘, der vom Projekt ‚Wenn Jungs und Mädchen kloppen wollen...‘ berichtet und praktische Anregungen geben kann.*“³

Die Kita „Die Bergzwerge“ befindet sich im Glambecker Ring 80 in Marzahn-Mitte, einer Gegend, in der es in den letzten Jahren immer wieder zu rassistischen Angriffen auf Geflüchtete kam. Herse ist seit Anfang 2019 als Erzieher der Kita fest angestellt, wobei sein autoritärer und herablassender Stil auffällig ist. Weiterhin heißt es, er führe eine Beziehung mit einer ehemaligen Erzieherin der Einrichtung. Bei ihr soll es sich wiederum um die Schwester des Geschäftsführers der Kita, Alexander Lange, handeln.

Als ein Artikel auf einer antifaschistischen Internetseite über Marcel Herse Arbeit in der Kita erscheint, herrscht zunächst Schweigen von Seiten der Verantwortlichen.⁴ Erst durch einen erhöhten öffentlichen Druck wird Herse nach einiger Zeit entlassen. Es ist zweifelhaft, ob dies ausschließlich an seiner extrem rechten Gesinnung und seinen Aktivitäten lag. Stattdessen wurde festgestellt, dass er nicht die entsprechende Qualifikation für seine Stelle besitzt: eine abgeschlossene Ausbildung als Erzieher.

Neonazis in der Sozialen Arbeit

In sozialen Berufen tragen Mitarbeiter*innen eine besondere Verantwortung für die Menschen, mit denen sie in Kontakt treten. So werden bei pädagogischen Gesprächen stets Werte und Normen des menschlichen Zusammenlebens transportiert. Vor diesem Hintergrund gibt es seit Jahren Debatten um Neonazis, die versuchen in sozialen Berufen Fuß zu fassen. So rief z.B. die NPD im Frühjahr 2010 in ihrer Parteizeitung vor allem Frauen dazu auf soziale und pädagogische Berufe zu ergreifen.⁵ Ihr Ziel ist es, andere zu politisieren. Zudem liegt eine Ungleichbehandlung von jenen sehr nahe, denen Neonazis aufgrund ihrer Weltanschauung feindlich gegenüber eingestellt sind.

Ein gefestigter Kader der Neonazi-Szene wie Marcel Herse ist vor diesem Hintergrund in einer sozialen Einrichtung untragbar. Dem Geschäftsführer der Kita „Die Bergzwerge“ war dies offensichtlich lange Zeit egal.

Eine zweite Chance?

Selbstverständlich können Neonazis wie Marcel Herse der Szene irgendwann den Rücken zukehren und eine zweite Chance bekommen. Einen öffentlichen Bruch mit der Neonazi-Szene gab es durch Herse allerdings nicht.

In dem Zusammenhang scheint es höchst fragwürdig, dass Marcel Herse in kürzester Zeit vom militanten Neonazi-Sänger zum unbedenklichen Erzieher geworden sein soll. Als Vollmitglied der „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ ist es keine Kleinigkeit die Szene zu verlassen. Darüber hinaus genügt es bei einem Ausstieg nicht, mit bisherigen Aktivitäten aufzuhören und nicht mehr straffällig zu werden. Eine Auseinandersetzung mit der menschenfeindlichen Ideologie der extremen Rechten gehört dazu. Der Zusammenhang zwischen extrem rechter Ideologie und daraus folgenden Taten ist nicht von der Hand zu weisen. Es sind rechte Politiker*innen, Magazine, Internetforen und Musiker*innen, die den Nährboden für rechte Gewalt liefern. Musiker wie Marcel Herse.

Fazit

Eine öffentliche Abkehr von der extrem Rechten besteht im Kern aus zwei Aspekten: Zeit für eine grundlegende Auseinandersetzung mit der bisherigen Weltanschauung und dem Zugänglichmachen aller Kenntnisse aus der Szene. Ein solcher fundamentaler Bruch ist bei Marcel Herse nicht bekannt.

Herse ist kein klassischer Mitläufer, sondern eine jahrelang in der militanten Rechten sozialisierte Szenegröße. Damit ist er als Vorbild für die extrem rechte Sozialisierung anderer ebenfalls prägend. Sein herablassender Stil bei den „Bergzwerge“ macht deutlich, dass er seine autoritären Verhaltensmuster nicht abgelegt hat.

Die Vorkommnisse in der Marzahner Kita unterstreichen den generellen Befund: Mit menschenfeindlichen Einstellungen ist es nicht möglich adäquat in sozialen Berufen tätig zu werden. Es kann nicht garantiert werden, dass Neonazis ihren Klient*innen und Kolleg*innen unvoreingenommen gegenüber treten.

Unklar bleibt, ob Marcel Herse weiterhin in sozialen Berufen tätig ist. Nach seiner Kündigung in der Kita „Die Bergzwerge“ verliert sich sein Weg vorerst.



↑
Marcel Herse (rote Jacke) hinter einem Transparent der "Freien Nationalisten Rudow" auf einem Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2013 in Schönevide (Foto von Christian Jäger)

Quellen:

- 1 <https://gamma.noblogs.org/archives/482>
- 2 <https://dontcallitmusic.noblogs.org/post/2017/12/21/neonazis-als-liedermacher-gewollt-aber-nicht-gekonnt/>
- 3 <http://www.beakita-marzahn-hellersdorf.de/77-allgemein/276-einladung-zur-1-vollversammlung-2019>
- 4 <http://www.antifa-berlin.info/recherche/1628-militanter-neonazi-an-marzahner-kita>
- 5 Andrea Röpke, Andreas Speit, Maik Baumgärtner: Mädelsache! Frauen in der Neonaziszene. Ch. Links Verlag. 2011 (S. 126)

Informationen zum Umgang mit Aussteigern aus der Neonazi-Szene:

- <https://antifainfoblatt.de/artikel/aussteiger-r%C3%BCckzieher-aufh%C3%B6rer-austreter>
- <http://www.recherche-und-aktion.net/2013/08/von-aussteigern-und-aufhoerern/>

Urteil im Prozess gegen Neonazi Patrick Krüger

Wenn rechte Bedrohungen (fast) ohne Konsequenzen bleiben

Im Jahr 2015 kommen viele Menschen auf ihrer Flucht neu in Marzahn-Hellersdorf an. Da es jedoch nicht genügend Unterkünfte für alle gibt, werden behelfsmäßige Notunterkünfte eingerichtet – eine davon in einer alten Schule im Glambecker Ring in Marzahn. Nicht weit entfernt wohnen die aktiven Neonazis Patrick Krüger und René Uttke, die 2014 und 2015 zahlreiche rassistische Demonstrationen im Bezirk organisieren. Viele Bürger*innen mit rassistischen Einstellungen schließen sich an.

Ab dem Sommer 2015 geht die Gruppe um die beiden verstärkt dazu über, den politischen Gegner zu bedrohen. Am Rande einer rassistischen Kundgebung formt René Uttke seine Finger zu einer Pistole und zeigt damit auf Vertreter*innen der Initiative "Hellersdorf hilft". Wenige Tage später, am 07. Juli 2015, werden fünf scharfe Patronenhülsen vor den Räumen der Initiative entdeckt. Als am 09. September 2015 die ersten Busse mit den neuen Bewohner*innen des Glambecker Rings ankommen, steht eine Gruppe um Patrick Krüger und René Uttke bereits davor. Unter rassistischen Sprechchören versuchen sie sich den Bussen in den Weg zu stellen. Die Polizei ist überfordert und kann nur knapp Schlimmeres verhindern.

Doch eine solche Eskalation war abzusehen. Schon einen Tag zuvor halten Krüger und Uttke mit einem Dutzend weiterer Neonazis eine Kundgebung am Glambecker Ring ab. Nachdem sie Unterstützer*innen bedrohen, die die Unterkunft herrichten, werden sie von der Polizei weggeschickt. Doch sie halten sich weiter im unmittelbaren Umfeld auf. Am Abend verlassen drei Helfer*innen die Unterkunft. Sie werden von einer vermummten Neonazi-Gruppe, darunter Krüger und Uttke, verfolgt und umstellt, woraufhin sie die Polizei rufen. Zeitgleich kommt ein Bus mit Geflüchteten vorbeigefahren. Die Nazis lassen von den Unterstützer*innen ab und bewerfen den Bus mit Flaschen. Die Unterstützer*innen nutzen diesen Zeitpunkt, um sich in Sicher-

heit zu bringen und rennen in ein naheliegendes Wohnhaus. Patrick Krüger bemerkt das und verfolgt sie. Vor der verglasten Eingangstür des Hauses formt er seine Hand zu einer Pistole, die er auf die Betroffenen richtet und Schussgeräusche imitiert. Danach verschwinden die Neonazis.

Der mittlerweile 44-jährige Patrick Krüger ist kein Unbekannter. Er hat bereits eine lange Karriere in gewaltaffinen Neonazi-Strukturen hinter sich. Seine Vorstrafen umfassen räuberische Erpressung, Verstoß gegen das Waffengesetz, gefährliche Körperverletzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Zudem wurde er seit 1995 zu Haftstrafen und zahlreichen Bewährungsstrafen verurteilt. Er ist inzwischen Anhänger der Neonazi-Kleinstpartei „III. Weg“. Dementsprechend einschüchternd wirkt seine Pistolen-Geste auf die teilweise noch minderjährigen Betroffenen. Sie zeigen ihn dennoch nicht an. Als die gerufene Polizei eintrifft, befragt sie die Betroffenen. Im Verlauf der Ermittlungen kann die Polizei zuerst keinen Anfangsverdacht erkennen. Später revidiert das Landeskriminalamt diese Entscheidung und leitet Ermittlungen von Amtswegen ein.

Es ist nicht das letzte Mal, dass es am Glambecker Ring zu Bedrohungen und Gewalt durch Neonazis kommt. In der Nacht des Einzugs der Geflüchteten erfolgt ein Brandanschlag auf die Unterkunft, der nur durch Zufall keine größeren Schäden verursachte. Die Täter*innen bleiben unerkannt. In den folgenden Monaten werden immer wieder Neonazis im Umfeld der Unterkunft beobachtet – teilweise bewaffnet mit einer Kugelbombe oder mit Macheten, Messern und Pyrotechnik. Obwohl das Antirassistische Register der Alice Salomon Hochschule zahlreiche Übergriffe auf die Unterkunft und ihre Bewohner*innen dokumentiert, bleibt die Dunkelziffer der Vorfälle am Glambecker Ring unbekannt.



←

Patrick Krüger (mittig mit "Skinhead Berlin"-T-Shirt) auf einem NPD Aufmarsch in Hellersdorf am 24. August 2013 (Foto von Christian Jäger)

sogenannten Rechtsfolgeausspruch beschränken würde, bekomme er weniger Tagessätze. Das bedeutet, dass dann nicht noch einmal der Fall aufgerollt, sondern nur noch über die verhängte Strafe verhandelt würde. Eine Beschränkung von Krüger auf den Rechtsfolgeausspruch würde außerdem als Geständnis gewertet werden, wodurch das Strafmaß gemindert wird, fährt der Richter fort. Daneben sei ohnehin schon viel Zeit seit der Tat vergangen.

Erst zwei Jahre später (2017) kommt es wegen der Bedrohung gegen die Unterstützer*innen zum Prozess gegen Patrick Krüger. Als Zeugen zu seiner Entlastung sind die bekannten Neonazis René Uttke und Kai Milde geladen. Nach mehreren Prozesstagen fällt am 16.08.2017 das Urteil: 150 Tagessätze zu 40 Euro. Nur knapp entgeht Krüger einer Haftstrafe. Doch er geht in Berufung.

Zur ersten Berufungsverhandlung erscheinen zahlreiche Prozessbeobachter*innen. Unter ihnen auch Freund*innen der Betroffenen, um sie nicht alleine zu lassen. Als der Prozess beginnt, ist die Stimmung im Saal angespannt. Krüger mustert das anwesende Publikum grimmig. In einer Verhandlungspause telefoniert er im Flur des Gerichts und äußert sich hasserfüllt über die anwesenden Gäste. Als er kurz darauf anfängt, einen Zuschauer verbal zu bedrohen, wird die Verhandlung fortgeführt. Krüger und sein Anwalt stellen einen Befangenheitsantrag gegen den Richter. Sie hegen vermeintliche Sicherheitsbedenken aufgrund der Stimmung im Saal und machen den Richter verantwortlich. Daraufhin wird der Prozess erneut zur Beratung unterbrochen und vertagt.

Am 23. September 2019 kommt es zum letzten Verhandlungstag – diesmal im Hochsicherheitssaal des Amtsgerichts Tiergartens. Prozessbeobachter*innen dürfen außer einem Bleistift und einem Stück Papier nichts mit in den Saal nehmen. Als die Besucher*innen den Saal betreten, stützt Patrick Krüger auf der Anklagebank seinen Kopf mit der Hand ab und hält dabei seinen Mittelfinger ins Publikum. Danach mustert die Reihen der Zuschauer*innen und grinst. Dann beginnt der Richter die Verhandlung. Er führt aus, wenn Krüger seine Berufung auf den

Nach einer kurzen Beratung mit seinem Anwalt stimmt Krüger dem Vorschlag zu, was beide als Erfolg werten. Das Urteil wird demnach auf 80 Tagessätze zu jeweils 20 Euro angesetzt, was nicht einmal einer Bewährungsstrafe entspricht. Davon gelten zehn Tagessätze aufgrund der verstrichenen Zeit seit dem Übergriff bereits als vollstreckt. Die Landeskasse Berlin trägt die Kosten des Verfahrens, ausgenommen sind die Kosten, die nicht entstanden wären, wenn die Berufungsbeschränkung nicht wäre. Vor dem Gericht wartet bereits der Neonazi Lukas Schneider auf die Gruppe um Krüger, Uttke und Milde. Grinsend gehen sie an den Prozessbeobachter*innen vorbei zum gegenüberliegenden Café. "Und wieder kotzen sie ab." sagt René Uttke zu Kai Milde und grinst im Vorbeilaufen. Die Hinhaltetaktik von Krüger scheint aufgegangen zu sein.

Kai Milde (links mit grünem Basecap), Lukas Schneider (mittig mit grauem Basecap) und René Uttke (rechts mit Glatze) auf einer Neonazi-Demonstration am 3. Oktober 2019 in Berlin (Foto von Oskar Schwartz)

↓



Jahresbericht 2019

Im Jahr 2019 wurden in Marzahn-Hellersdorf 154 extrem rechte und/oder diskriminierende Vorfälle (2018: 182) registriert. Als eine der Ursachen für diesen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr sind die veränderten Meldestrukturen im Bezirk (z.B. durch häufige Wechsel der Betreibern der Unterkünfte für Geflüchtete) zu nennen.

Am östlichen Rand von Berlin liegt Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirk zählt knapp 270.000 Einwohner*innen und weist in seinen Regionen (Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte, Marzahn-Süd, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Süd) eine sehr heterogene Struktur der Bewohner*innen auf. Neben dem größten zusammenhängenden Plattenbaugebiet Europas ist Marzahn-Hellersdorf mit den „Gärten der Welt“ einer der grünsten Berliner Bezirke. Daneben gibt es eine der größten Einfamilienhaussiedlungen.

Seit Jahren gibt es im Bezirk eine aktive extrem rechte Szene, die zwischen 2013 und 2015 ein vergleichsweise hohes Mobilisierungspotenzial mit rassistischen Themensetzungen aufweisen konnte. Die Antirassistische Registerstelle der Alice Salomon Hochschule dokumentiert seitdem Vorfälle im Bezirk.

Art der Vorfälle

Die meisten Vorkommnisse im Bezirk sind wie im Vorjahr sogenannte Propaganda-Vorfälle (2019: 104; 2018: 116). Hierzu zählen u.a. diskriminierende oder nationalsozialistische Sticker und Sprühereien. Den Hauptteil bildete dabei NS-verherrlichende oder -verharmlosende Propaganda sowie Propaganda, die der Selbstdarstellung extremer Rechter dient. Auffällig waren die benannten Vorfälle vor allem in Hellersdorf-Nord. Dort kam es an Bäumen rund um den Beerenpfuhl wiederholt zu Sprühereien vom Logo der extrem rechten „Identitären Bewegung“.

Im Gegensatz zum allgemeinen Rückgang der Vorfälle ist die Zahl extrem rechter und/oder diskriminierender Veranstaltungen im Bezirk gestiegen (2019: 10; 2018: 3). Dies ist hauptsächlich auf den Wahlkampf zum Europaparlament im Mai 2019 zurückzuführen.

Motive der Vorfälle

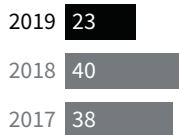
Auffällig ist die Zunahme rassistischer und NS-verherrlichender Vorfälle (2019: 27; 2018: 21). Hierbei handelt es sich überwiegend um Hakenkreuz-Schmierereien an Haltestellen und Hausfassaden, aber auch um Hitlergrüße, die auf den Straßen gezeigt wurden. Beunruhigend ist ebenfalls der Anstieg an Gewalt aufgrund rassistischer Motivation. So hatten 14 der insgesamt 15 registrierten Angriffe und 17 der 23 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien einen offen rassistischen Hintergrund. Die Angriffe erfolgten zumeist durch unbekannte Täter, die bei Begegnungen im Supermarkt, auf der Straße oder in Bahnstationen unvermittelt zuschlagen haben. Ein weiterer Angriff fand aus transfeindlicher Motivation heraus statt.



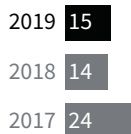
Propaganda



Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien



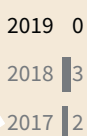
Angriffe



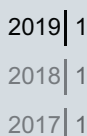
Veranstaltungen



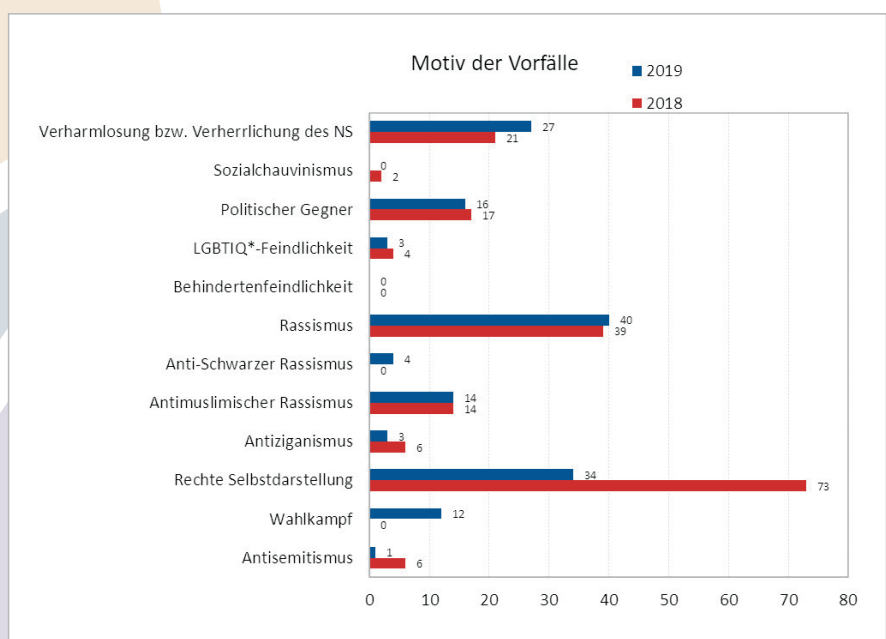
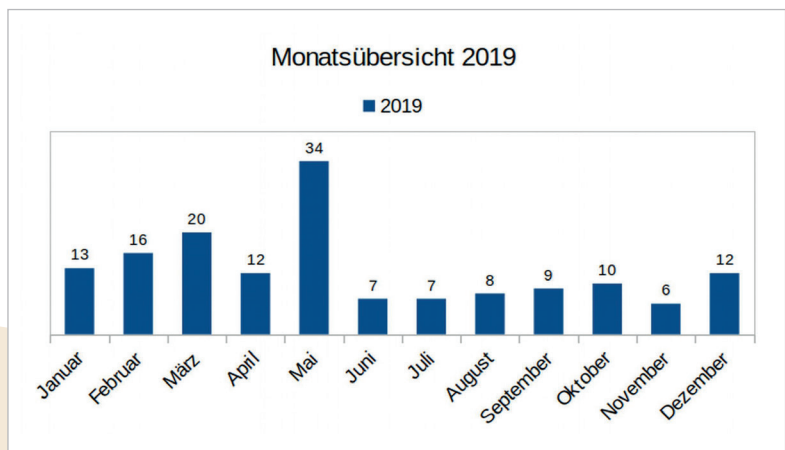
Sachbeschädigung



BVV



Sonstiges



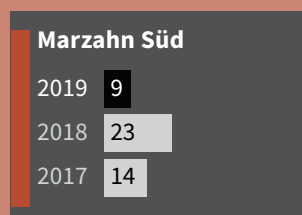
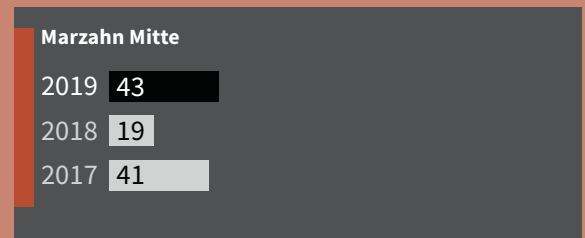
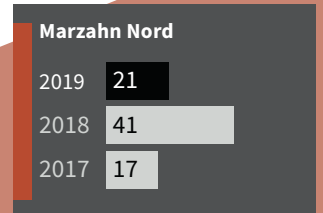
Orte der Vorfälle

Am häufigsten wurden 2019 Vorfälle im Stadtteil Marzahn-Mitte dokumentiert. Zugleich ist hier ein sehr deutlicher Anstieg zum Vorjahr zu erkennen (2019: 43; 2018: 19). Im Stadtteil Hellersdorf-Nord, in dem sich auch die Alice Salomon Hochschule befindet, sind die registrierten Vorfälle hingegen zurückgegangen (2019: 30; 2018: 61). Dies ist vor allem auf die o.g. Schwächung der Meldestrukturen zurückzuführen, denn es betrifft überwiegend registrierte Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (bezogen auf den Stadtteil: 2019: 3, 2018: 18).

Auch in Hellersdorf-Süd und Kaulsdorf sind Anstiege der Vorfälle zu verzeichnen. Hier handelt es sich hauptsächlich um Propaganda wie Aufkleber.

Zusammenfassung & Ausblick

Die vom Register erfassten Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf bewegen sich trotz des Rückgangs in 2019 weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Anzahl rassistisch motivierter Angriffe bleibt konstant zum Vorjahr. Die Täter gehen hierbei meist unvermittelt gegen Menschen in alltäglichen Situationen vor.

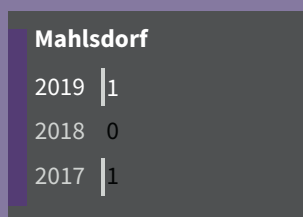
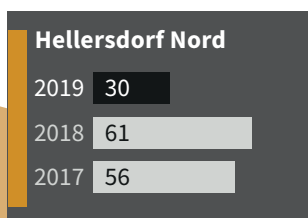


Neonazi-Strukturen geschwächt

Die organisierten Neonazi-Strukturen im Bezirk treten im Vergleich zu den Jahren 2014 und 2015 relativ geschwächt auf. Durch den Betreiberwechsel der Kneipe „Viwa“ am U-Bahnhof Cottbusser Platz ist ein wichtiger Treffpunkt der extrem rechten Szene in Marzahn-Hellersdorf verschwunden. Auch die neonazistische Kleinpartei „Der III. Weg“ klagt über fehlende Räumlichkeiten im Bezirk. Die lokal ansässigen Aktivist*innen werden dementsprechend verstärkt in anderen Bundesländern aktiv.

NPD kämpft gegen ihre Bedeutungslosigkeit

Der Berliner NPD-Landesvorsitzende wird nach der Wahl im Dezember 2019 weiterhin vom Marzahn-Hellersdorfer Kreisverband gestellt. Zudem üben zwei Neonazis aus dem Bezirk Beisitzerfunktionen im Vorstand aus. Diese Entwicklung unterstreicht die zentrale Rolle des lokalen Kreisverbandes für die Berliner NPD-Parteistrukturen. Nach parteiinternen Streitigkeiten hat die sogenannte Kampagne „Schafft Schutzzonen“ dazu geführt, dass einige Neonazis wieder geschlossener auftreten. So fungiert die Kampagne auch im Bezirk als Sammelbecken und Anlaufpunkt für extrem rechte Akteure.





↑ Kundgebung „Solidarität statt Rassismus“ vom Solidaritätsnetzwerk Berlin und des AStA der Alice Salomon Hochschule am 24. Mai 2019 vor dem Eastgate Marzahn (Foto von Oskar Schwartz).

Werdet Melder*innen!

Extrem rechte und diskriminierende Vorfälle an der Hochschule oder im Bezirk können auch weiterhin jederzeit beim Antirassistischen Register der ASH (arreg@ash-berlin.eu) oder beim Register Marzahn-Hellersdorf (pfd-mh@stiftung-spi.de) gemeldet werden. Eine Vorstellung der Antirassistischen Registerstelle an der ASH befindet sich auf Seite 28.

Neonazi-Parteien führen aggressiven Wahlkampf

Im Zuge der Europa-Wahlen 2019 wurde ein aggressiver Wahlkampf von den extrem rechten Parteien geführt. Während der „III. Weg“ diese Zeit vor allem zur Steigerung der eigenen Propaganda-Tätigkeit genutzt hat, musste die NPD um ihr Mandat im Europaparlament fürchten. Beide Parteien brachten diverse menschenfeindliche Plakate im Stadtbild an, unter anderem massiv entlang der Hellersdorfer Straße und in Ahrensfelde sowie gezielt vor Unterkünften für Geflüchtete. Daneben wurden von rechten Gruppierungen fingierte Wahlaufkleber mit falschen Parteilogos in Umlauf gebracht, auf denen mit hetzerischen Parolen andere Parteien (SPD, die Grünen und die Linke) gezielt diskreditiert werden sollten.

Verstärkter Kampf der AfD gegen demokratische Akteur*innen

Mit 19% bei der Europawahl war die AfD erneut die am zweitstärksten gewählte Partei im Bezirk. Die deutlich völkische Ausrichtung des Bezirksverbandes scheint der Wählbarkeit keinen Abbruch zu tun. So besuchte eine überwiegende Zahl der Mitglieder der AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in der Vergangenheit Veranstaltung des extrem rechten „Flügels“ der AfD. Zudem traten Mitglieder der Marzahn-Hellersdorfer AfD in der BVV und in Internet-Beiträgen wiederholt mit diskriminierenden Äußerungen gegen den politischen Gegner in Erscheinung. Im Rahmen einer Großen Anfrage im Januar 2019 in der BVV äußerte sich außerdem ein AfD-Fraktionsmitglied geschichtsrevisionistisch, als er Antifaschist*innen als „Gestalten der roten SA“ bezeichnete.

Besonders intensiv geht die AfD gegen demokratische Akteur*innen vor. Wiederholt äußerte sie sich feindlich gegenüber der Registerstellen sowie der Koordinierungsstelle im Bezirk. Das Ziel besteht hier anscheinend darin, die Arbeit lokaler Initiativen gegen rechts zu erschweren und abzuwerten.

Das offene Auftreten extrem rechter Akteure im Bezirk verlangt umso mehr eine deutlichere Positionierung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Der Angriff gegen die Registerstellen unterstreicht erneut die Notwendigkeit der Dokumentation extrem rechter Vorkommnisse.



↑ Der Abgeordnete Gunnar Lindemann von der AfD Marzahn-Hellersdorf tritt beim Gedenken an die Befreiung von Auschwitz am 26. Januar 2019 auf Grabplatten des Marzahner Parkfriedhofs (Foto von Kim Winkler).



← Neonazis der NPD Marzahn-Hellersdorfer NPD stören eine antirassistische Kundgebung (links: Lars Niendorf, Beisitzer im Berliner NPD Vorstand; rechts: Andreas Käfer, Berliner NPD Vorsitzender - Foto von Oskar Schwartz).

Rassismus an der ASH

BIPoC- Studierendeninitiativen sagen strukturellem Rassismus den Kampf an

Mitglied der Studierendeninitiative ‚Ich bin da!‘

Seit einigen Jahren bilden sich an Hochschulen der gesamten Bundesrepublik immer mehr selbstorganisierte BIPoC-Studierendengruppen, oder BIPoC-Referate (Black, Indigenous, People of Color), die ihre eigenen Interessen vertreten, bestehende rassistische Hochschulstrukturen kritisieren und Veränderungsprozesse fordern und voranbringen. Die Widerstandsformen gegen strukturellen Rassismus, die in diesen Gruppen und Referaten geleistet werden, gestalten sich sehr vielfältig, und auch im wissenschaftlichen Bereich gibt es immer mehr Publikationen und Forschungen, die strukturellen Rassismus belegen. Dieser strukturelle Rassismus macht auch an den Pforten der ASH in Berlin nicht halt.

Darum gründete sich auch dort Mitte 2018 eine BIPoC-Studierendeninitiative mit dem Namen ‚Ich bin da!‘. Zunächst ging es den Teilnehmenden darum, mehr Sichtbarkeit zu bekommen und sich gemeinsam innerhalb des weißdominierten Hochschulkontextes eine Stimme zu verschaffen. Schnell zeigte sich, wie wichtig die Vernetzung von BIPoC-Studierenden ist, denn durch den Austausch über Rassismuserfahrungen innerhalb der Hochschule wurden strukturelle Missstände sichtbar.

In der Studierendeninitiative herrschte ein Konsens darüber, dass rassistische Strukturen tief verankert sind in Hochschulstrukturen. Rassifizierte Studierende erfahren kaum Schutz, etwa durch rechtliche Handhabungen, beispielsweise durch eine Antirassismusbeauftragte. Weil struktureller Rassismus zu wenig thematisiert und anerkannt wird, machen nichtweiße Studierende insbesondere innerhalb von Seminarräumen immer wieder Rassismuserfahrungen mit weißen Lehrenden und Kommiliton*innen. Ein Großteil der Hochschulstruktur ist exkludierend ausgerichtet. Dies zeigt sich beispielsweise in einem rassistisch-diskriminierenden Sprachgebrauch. Sprache wird immer wieder benutzt um rassifizierte Menschen gezielt auszu-

schließen, in dem diese beispielsweise von Lehrenden aufgefordert werden, keine Referate zu halten.

Ohne den Austausch unter BIPoC-Studierenden über diese ausschließenden Mechanismen, bliebe unklar, dass dies Teil einer rassistischen Struktur ist und einen Nutzen verfolgt. Hochschulen waren und sind nach wie vor ein Ort, der nicht allen Körpern gleichermaßen zugänglich sein soll. Die Aufrechterhaltung *weißer Vorherrschaft* zeigt sich sehr facettenreich und geht weit über die Konstruktion von Sprachbarrieren hinaus.

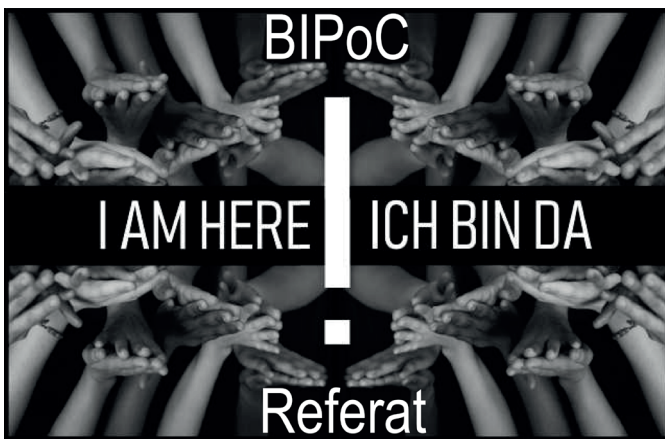
Der Austausch in der Studierendeninitiative, in der auch die Rassismustheorie immer wieder richtungsweisend herangezogen wird, präzisiert den Blick auf *white supremacy* im Hochschulkontext.

Der Initiative ‚Ich bin da!‘ ist es gelungen über den Austausch hinaus Forderungen an die ASH Berlin zu formulieren. Mit diesen Forderungen richten sie sich gezielt an die Hochschule als Institution, die gewillt sein sollte, rassistische Strukturen anzuerkennen und zu überwinden.

Ohne BIPoC-Perspektiven, die dazu bereit sind ihr Erfahrungswissen zu teilen und mit diesem Wissen Prozesse mitzugestalten, kann es einer mehrheitlich *weißen* Hochschule jedoch nicht gelingen, ihre rassistischen Strukturen abzubauen.

Die ‚Ich bin da!‘- Studierendeninitiative mit dem dazugehörigen BIPoC-Referat möchte alle Hochschulen in Deutschland und insbesondere die ASH, Berlin dazu auffordern, BIPoC-Studierendengruppen mit allen Ressourcen, die sie brauchen, zu fördern und auszustatten und die Forderungen, die diese Gruppen formulieren als maßgebliche Expertise anzuerkennen.

Nun liegt die Verantwortung rassismuskritisch zu Handeln bei den Hochschulen, denn struktureller Rassismus wurde zu lange zu wenig thematisiert.

**Kontakt:**

bipoc@ash-berlin.eu

<https://www.facebook.com/bipocrefash/>

Forderungen an die Hochschulleitung von der Projektgruppe „Ich bin da!“

Lehre

- Auseinandersetzung mit Macht und Dominanz muss in allen Studiengängen von Beginn an fester Bestandteil der Lehrinhalte sein.
- Kritische Auseinandersetzung mit Weißsein. Der Fokus sollte nicht nur auf Menschen mit Rassismuserfahrungen gelegt werden, sondern auch (und besonders) auf die Verantwortlichkeit und die Auswirkungen, die mit Weißsein einhergehen.
- Dozierende müssen ihre eigene Position reflektieren und diese bei der Planung der Lerninhalte mitdenken.
- Achten auf Wortbeiträge im Seminar - wer redet (nicht)? Wer nimmt viel Raum ein? Was könnte dazu beitragen, dass andere Studierende sich weniger/nicht melden?
- Dozierende haben die Verantwortung dafür, sich (besonders in ihren Seminarräumen) gegen Rassismus zu positionieren, indem sie rassistische Vorkommnisse ansprechen und entsprechend handeln. Dazu müssen auch klare Regeln gegen rassistische Diskriminierung festgelegt - und bekannt gemacht - werden.

Institutioneller Rahmen

- Eine Anti-Rassismusstelle muss eingerichtet werden, damit u.a. festgelegte Verfahren gegen rassistische Vorfälle etabliert werden.
- Die Empowerment-Stelle für BIPOC muss institutionell verankert sein.
- Diskriminierungen dürfen nicht weiter isoliert voneinander betrachtet werden, sondern müssen immer intersektional verstanden werden.

Hochschulbetrieb und wissenschaftliche Community

- Die Hochschule ist verantwortlich dafür, für rassismuskritische Räume zu sorgen. Um aktiv gegen Rassismus zu kämpfen, muss anerkannt werden, dass Rassismus innerhalb ihrer Räume (Institution/Strukturen) sowie im Umgang miteinander (re-)produziert wird.
- Sensibilisierung durch Weiter-, Fortbildungen und Workshops für die Mitarbeiter*innen, Dozierende, Lehrbeauftragte usw. muss ein fester Teil der Personalentwicklung der ASH sein.
- Aktive Personaleinstellung von BIPOC Professor*innen und Verwaltungspersonal.
- Stop der Aneignung von Theorien, die BIPOC entwickelt haben, ohne den Ursprung, die Kontexte und die prägenden Menschen zu benennen!
- BIPOC müssen in ihren wissenschaftlichen Forschungsprozessen gefördert werden.
- Ein Bewusstsein für bestehenden Alltagsrassismus muss alle fachlichen Diskurse durchdringen.
- Netzwerke von Schwarzen Wissenschaftler*innen und Wissenschaftler*innen of Color müssen hochschulübergreifend gefördert werden, z.B. durch finanzielle Mittel, Räumlichkeiten, digitale Plattformen und Ausschreibungen.

Nicht allein im Fall von Diskriminierung

von Peps Gutsche

Hochschulen – seien sie auch noch so kritisch oder progressiv – sind wie die Gesamtgesellschaft keine diskriminierungsfreien Räume. Auch an der Hochschule finden Grenzüberschreitungen statt, werden Menschen benachteiligt oder in ihrer Würde und Integrität verletzt. Dies geschieht anhand zugeschriebener Merkmale wie Geschlecht, Behinderung oder chronischer Erkrankungen, sexuelle Orientierung, Religion, Alter, soziale Lage, aufgrund rassistischer Zuschreibungen und der ethnischen Herkunft ebenso wie in Bezug auf den Familienstatus. Einige Menschen machen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Positionierung keine Diskriminierungserfahrungen, während der Alltag von anderen Menschen dauerhaft von Diskriminierung und den Folgen des Umgangs mit dieser geprägt ist. Mehrfachdiskriminierung bedeutet, dass Menschen aufgrund unterschiedlicher Merkmale Diskriminierung erfahren, während intersektionale Diskriminierung deutlich macht, dass die Verflechtung unterschiedlicher Kategorien neue Formen der Diskriminierung hervorbringt, die sich nicht allein aufgrund der Zuschreibung eines Merkmals fest machen lassen.

Das hat Einfluss und Konsequenzen im Leben von Menschen. Die lautstarke Überraschung darüber, dass der Dozent* muslimisch und schwarz positioniert ist, das Nichteinräumen über einen Nachteilsausgleich aufgrund von chronischer Erkrankung, der Paternalismus gegenüber einer geflüchteten Studentin* – all das führt dazu, dass Menschen sich an der Hochschule nicht wohl fühlen können und im schlimmsten Fall die Hochschule verlassen oder ihr Studium abbrechen.

Diskriminierung endet nicht von allein. Es braucht eine aktive Auseinandersetzung und eine strukturelle Veränderung und Verankerung von Instrumenten für die Antidiskriminierungsarbeit an Hochschulen. Bausteine bilden dabei die Antidiskriminierungssatzung der ASH Berlin und die darin beschriebenen Antidiskriminierungsberater_innen.



↑

9. Februar 2019

Angriff auf Jungen in Hellersdorf

Drei unbekannte Jugendliche attackierten und beleidigten am Sonnabend einen Zwölfjährigen auf einem Sportplatz in Hellersdorf, nachdem sie ihn gefragt hatten, ob er Ausländer sei. Dabei sollen zwei der Jugendlichen den Jungen festgehalten haben, während ihm der dritte mit der Faust ins Gesicht schlug, so dass er zu Boden ging. Am Boden liegend wurde er nach eigenen Angaben getreten. Anschließend flüchtete die Tätergruppe. Nach der Tat ging der Junge nach Hause und informierte seine Mutter, die Anzeige erstattete. Glücklicherweise erlitt das Kind nur leichte Verletzungen, die laut der Polizei, nicht medizinisch versorgt werden mussten.

Quelle: Polizeimeldung / Tagesspiegel

Strukturen schaffen – Die Antidiskriminierungssatzung der ASH Berlin

Seit Februar 2020 ist an der ASH Berlin die Antidiskriminierungssatzung veröffentlicht und wirksam. Diese dient dem Schutz aller Hochschulangehörigen vor Diskriminierung, sexualisierter Diskriminierung und Gewalt, Mobbing und Stalking. Die Satzung gibt an, was als Diskriminierung angesehen wird und welche Akteur_innen an der ASH Berlin aktiv sind, um Diskriminierung entgegenzuwirken. Die Satzung stützt sich dabei auf drei Säulen: Präventionsangebote, Beratung im Fall von Diskriminierung und ein klares Beschwerdeverfahren sowie Sanktionen.

Das Ziel der Satzung bringt Antidiskriminierung als Querschnittsthema gut auf den Punkt:

„Alle Hochschulmitglieder sind verpflichtet, dazu beizutragen, dass die ASH Berlin ein von Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Offenheit und gegenseitigem Respekt geprägter Arbeitsplatz und Studienort ist, der sich gegen Diskriminierung positioniert.“ (§1 (1) Antidiskriminierungssatzung)

Um aktiv dem Leitbild der ASH Berlin gerecht zu werden, dass alle Hochschulangehörigen „respektvoll, offen, fair und verlässlich“ miteinander umgehen, braucht es neben Präventionsmaßnahmen und transparenten Beschwerdeverfahren auch niedrigschwellige Beratungsangebote in Fällen von Diskriminierung.

Du bist nicht allein – das Berater_innennetzwerk

Mit einem aktuell durch das Berliner Chancengleichheitsprogramm (BCP) geförderten Projekt soll ein niedrigschwelliges Erstberatungsangebot für Hochschulangehörige geschaffen werden, die Diskriminierung oder Gewalt erfahren oder erfahren haben. Die Erstberater_innen werden durch eine Grundausbildung befähigt, eine für intersektionale Perspektiven und Mehrfachdiskriminierung sensible und vertrauliche Erst- und Verweisberatung anzubieten.

Hierbei geht es nicht darum, strukturelle Leerstellen wie die den bisher fehlenden Antirassismusbeauftragte_n sichtbar zu machen. Es braucht neben der Antidiskriminierungsarbeit ganz klar eine antirassistische Positionierung der Hochschule und die institutionelle Verankerung in einer Stelle analog zur Frauen*beauftragten. Die Berater_innen sind zusätzliche Ansprechpersonen, die im Fall von Diskriminierungserfahrungen niedrigschwellig und parteiisch eine erste Orientierung mit dem Erlebten bieten können. Berater_innen sind dabei neben den gesetzlich verankerten Positionen wie der Frauen*beauftragten oder der Schwerbehindertenvertretung weitere Personen aus der Verwaltung, der Studienberatung, Lehrende, aber auch Studierende und Referate des AStAs. Die Berater_innen können, wenn gewünscht, auf weitere Anlaufstellen innerhalb und au-

ßerhalb der ASH verweisen und über ein mögliches Beschwerdeverfahren informieren.

Die Breite der Ansprechpersonen spiegelt sich nicht nur in ihren Funktionen, sondern auch in ihren Positioniertheiten wieder – so wird eine diverse Repräsentanz bezüglich der Diskriminierungsmerkmale bei den Berater_innen angestrebt, so dass diese ihr Erfahrungswissen mit in die Beratung einfließen lassen können. Für viele Betroffene von Diskriminierung ist es leichter, sich Personen anzuvertrauen, die ähnlich gesellschaftlich positioniert sind und bei denen sie davon ausgehen können, dass ihre Erfahrungen nicht angezweifelt werden. Dies schafft einen vertraulichen Rahmen Diskriminierung und mögliche Schritte im Umgang damit besprechbar zu machen

Diskriminierung geht alle an, die sich in der Hochschule bewegen. Sich gegen Diskriminierung einzusetzen bedeutet auch, für mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit einzustehen. Das beschriebene Projekt zur Qualifizierung und Vernetzung der Erstberater_innen trägt hierbei dazu bei, Diskriminierungserfahrungen an der ASH Berlin zu begegnen – und langfristig dazu beizutragen, die Hochschule zu dem Ort zu machen, der im Leitbild beschrieben ist.

Antisemitismus

– eine curriculare Leerstelle, ein Interview

Die ASH gilt als eine der renommiertesten Hochschulen für soziale Berufe. Auch eilt ihr der Ruf für besonders kritische Auseinandersetzungen mit Lehrinhalten zu struktureller Diskriminierung voraus. Jedoch sind einige Themen wie z. B. Antisemitismus zumindest im Bachelor-Studiengang Soziale Arbeit nicht curricular verankert. Über diese Leerstelle wird es im folgenden Interview gehen. Die Gesprächspartnerinnen sind Miriam Burzlaff und Naemi Eifler.

Miriam Burzlaff ist Referentin für politische Bildung, sie lehrt u. a. an der ASH. Im Zentrum Ihrer Forschungen stehen Fragen von Social Justice und deren Realisierung in Disziplin und Profession Sozialer Arbeit, ihr Schwerpunkt ist Policy Practice. Im Rahmen ihrer Dissertation hat Miriam Burzlaff eine diskriminierungskritische Analyse von Curricula Sozialer Arbeit durchgeführt.

Naemi Eifler forscht als Predoc zu Antisemitismus in (queer)feministischen Bewegungen und in Kontexten Sozialer Arbeit. Über die Förderung „DiGiTal - Berliner Hochschulprogramm für Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen“, betreut durch Prof. Dr. Barbara Schäuble, ist Naemi Eifler Wissenschaftliche Mitarbeiterin der ASH. Außerdem ist sie u. a. Lehrbeauftragte der FH Potsdam und Social Justice & Radical Diversity Ausbilder*in sowie Trainer*in.

Gender & Queer sowie Rassismus und Migration sind im Curriculum verankert, was darauf hinweist, dass es an der ASH ein Bewusstsein dafür gibt, dass diese Themen gesamtgesellschaftliche Relevanz besitzen und somit zentrale Themen der Sozialen Arbeit und anderer sozialer Berufe sein müssen. Warum trifft dies nicht auch auf Antisemitismus zu?

Naemi Eifler und Miriam Burzlaff:

Nun, zunächst einmal ist es natürlich sehr gut, dass die genannten Themen an der ASH curricular verankert sind. Gleichzeitig ist es eine gute Frage, warum dies nicht auch – und das gilt für sehr viele Hochschulen in Deutschland – auf Antisemitismus zutrifft. Es handelt sich also keinesfalls um einen Einzelfall, sondern ist diese curriculare Leerstelle ein sich durch Curricula unterschiedlicher Hochschulen ziehendes Muster. Dies kann darauf zurückzuführen sein – aber wir können nur Vermutungen äußern –, dass die Produktion von Curricula immer mit einem *Aushandlungsprozess* einhergeht. In diesem wirken unterschiedliche Kräfte, und nicht alle beteiligten Akteur_innen können ihre Interessen durchsetzen. Es kann also sein, dass durchaus versucht wurde, auch dieses Thema curricular zu verankern, diese Intervention allerdings nicht erfolgreich war. Dann ließe sich fragen, warum das so ist. Warum es bspw. selbstverständlich ist, dass Studierende psychologische Grundlagen lernen sollen, aber nichts zu Antisemitismus.

Auf einer anderen Ebene gedacht, liegt diese Leerstelle möglicherweise darin begründet, dass Antisemitismus *unter Rassismus subsummiert* und demzufolge als curricular verankert verstanden wird. Wichtig allerdings ist es, Antisemitismus als eine eigene Diskriminierungsform mit eigener Geschichte und eigenen Zuschreibungen sowie Funktionen zu verstehen. Wird dies nicht explizit benannt und gesondert betrachtet, kommt es häufig vor, dass eine Auseinandersetzung mit Antisemitismen ausbleibt. Doch es braucht beides und vieles mehr: Auseinandersetzungen mit Antisemitismus *und* Rassismus, mit Klassismus, Sexismus und allen weiteren Diskriminierungsrealitäten. Ohne diese zu hierarchisieren, sondern die jeweiligen Verwobenheiten zu reflektieren.

Mit Verweis auf die Herausforderungen, die die antisemitismuskritische Bildungsarbeit prägen, können noch weitere Thesen formuliert werden, die mögliche Antworten auf diese Frage liefern. So könnte eine weitere Erklärung sein, dass Antisemitismus nicht als aktuelles und gesamtgesellschaftliches Problem verstanden wird. In diesem Falle ist von einer *Historisierung von Antisemitismus* auszugehen, also einem Verständnis von Antisemitismus vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus. Demzufolge wird Antisemitismus nicht als ein aktuelles Problem markiert.

Darüber hinaus wissen wir nicht, inwiefern überhaupt ein Wille zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus vorhanden ist. Nicht selten erfolgt eine *Tabuisierung* dieses Themas, eine Verdrängung von Antisemitismus aus dem Bewusstsein und De-Thematisierungen dessen. Vermutlich ist davon auszugehen, dass es nicht die eine, im Sinne von ausschließliche, Erklärung für diese Leerstelle gibt. Und auch wenn an Hochschulen wie der ASH eine curriculare Verankerung von Antisemitismus fehlt, gibt es zum Glück stets Personen – Lehrende wie Studierende – die dieses Thema in die Lehre einbringen. Ein Problem ist allerdings, dass dies an Einzelpersonen hängt und eben nicht strukturell verankert ist. Bevor wir aber weiter ausschließlich nach

Gründen suchen, warum das so ist, lässt sich vielleicht auch folgende Frage stellen: Mit wem können wir uns verbünden, und was können wir machen, damit dieses Thema zukünftig integrierender Bestandteil von Curricula sein wird?

So wichtig die Verankerung von Antisemitismus im Curriculum übrigens ist: Diskriminierungen finden im Alltag aller Handlungsfelder statt. Es reicht daher unseres Erachtens nicht aus, ein Modul „Antisemitismus“ zu konzipieren. Darüber hinaus wäre es wichtig, dies als Querschnittsthema zu verstehen und dementsprechend – sofern noch nicht geschehen – die einzelnen Module um eine fachspezifische diskriminierungskritische Perspektive zu ergänzen.

5. Januar 2019

Rassistischer Angriff in Sportstudio

Gegen 23.50 Uhr wird ein 20-jähriger Mann in einem Sportstudio in der Märkischen Allee von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und ins Gesicht geboxt.

↓ Quelle: ReachOut





Spiegelt sich an der Leerstelle Antisemitismus als konstitutives Element in der Ausbildung von Sozialarbeitenden und anderen sozialen Berufen an der ASH ein gesamtgesellschaftlicher „postnationalistischer“ Nicht-Umgang mit Antisemitismus auf struktureller Ebene wider?

Schwer zu sagen. Auffällig ist jedenfalls, dass es sehr viele Expert*innen wie Pädagog*innen und politische Bildungsreferent*innen sowie Wissenschaftler*innen gibt, die z. B. Studien zu aktuellem Antisemitismus veröffentlichen und/oder sehr gute Handlungsstrategien gegen Antisemitismus entwickeln. Es wird wirklich viel Wissen zu diesem Thema generiert. Exemplarisch dafür stehen die Publikationen von der *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus* oder die Studie *Antisemitismus in der Schule*, herausgegeben von Prof. Dr. Gudrun Perko. Auch an der ASH setzen sich Wissenschaftler*innen in Lehre und Forschung kontinuierlich für eine antisemitismuskritische Soziale Arbeit ein. Nicht zuletzt kommt die letzte große und – bezeichnenderweise zum ersten Mal betroffenenfokussierte – Studie unmittelbar aus der Sozialen Arbeit: *„Mach mal keine Judenaktion!“*. Diese Studie entstand unter der Leitung von Prof. Dr. Julia Bernstein. Vor diesem Hintergrund ist es wirklich erstaunlich, dass entsprechende ‚Interventionen‘ nicht auf breitere Resonanz stoßen. Es bleibt festzuhalten, dass auch ein vermeintlicher Nicht-Umgang eine Art des Umgangs ist, und zwar ein problematischer.

<

14. Januar 2019

Erneute rassistische Mobbingaktionen gegen schwarze Frau

Eine schwarze Frau aus Hellersdorf-Nord, die bereits in der Vergangenheit von Nachbarinnen und Nachbarn wiederholt rassistisch angefeindet und beleidigt worden war (siehe Meldungen vom 20.11.18 und 24.12.18), hat erneut anonyme rassistische bzw. diffamierende Nachrichten in ihrem Briefkasten gefunden. Am 14.01.19 fand die alleinerziehende Mutter mehrerer Kinder diverse Zeitungsartikel bzw. ausgedruckte Nachrichtenmeldungen mit negativem Bezug zu Menschen aus Afrika bzw. Flüchtlingen in Deutschland in ihrem Briefkasten. Die Artikel und Meldungen stammen aus verschiedenen Zeitungen oder Onlineportalen aus dem gesamten Bundesgebiet. Fünf Tage zuvor, am 09.01.19, hatte sie außerdem einen anderen ausgedruckten Artikel in ihrem Briefkasten gefunden, der von einem Brand im Treppenhaus eines Hauses handelt, der durch einen abgestellten Kinderwagen ausgelöst worden war. Die Frau benutzt selbst einen Kinderwagen.

Quelle: Augenzeug*in

Im Zuge der „Avenidas“-Diskussion wurde der Hochschulleitung der ASH, dem AstA der ASH und den Studierenden, die sich an dem offenen Brief beteiligt hatten, u. a. vom Haus der Poesie, die Partnerinstitution der ASH für die Auswahl der Gedichte bzw. literarischen Werke, die dann an der Hauswand aufgemalt werden, vorgeworfen, Kunst zu zensieren. Die Anschuldigungen gipfelten in dem Vorwurf, die ASH würde dieselben Methoden anwenden, wie die Nationalsozialist*innen bei der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, bei welcher die Werke jüdischer, marxistischer und anderer konstruierter Feindgruppen öffentlich verbannt wurden. Ein hinkender Vergleich und eine gefährliche Verharmlosung der Gewalt der Nationalsozialist*innen an Juden_Jüdinnen!¹ Und eine Entgleisung, die den Blick drauf richtet, dass es in dieser bürgerlichen Institution eine Verweigerung der Verantwortungsübernahme deutscher NS-Geschichte und einer kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus gibt. Zugleich wird im öffentlichen Diskurs Antisemitismus oftmals als Problem konstruierter „Anderer“ bzw. als „importiertes Problem“ markiert. Wie kommt dieses Narrativ zustande?

Nun, was an dieser Parallelisierung deutlich wird, ist die häufig vorzufindende *Figur der Identifikation mit den Opfern des Holocausts*. Interessant in diesem Zusammenhang zu erwähnen ist übrigens die Preisverleihung des Joachim-Ringelnatz-Preises an die Tochter des Avenidas-Poeten, Nora Gomringer, die diesen Preis 2012 für das Gedicht *Und es war ein Tag* erhielt. Dieses Gedicht stellt eine Abfolge von Holocaust-Assoziationen dar. Zufall?

1 In der sprachlichen Darstellung von ‚Juden_Jüdinnen‘ wird auf den Gender-Gap zurückgegriffen. Einerseits beruht dies auf den Verzicht des negativen und antisemitischen Symbols eines Sterns in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft nach der Shoa. Andererseits wird auf den Bruch des Wortes Jüdin oder Jude verzichtet, da die Begriffe ‚Jud‘, ‚Jüd‘ antisemitisch konnotiert sind.

Die Parallelisierung nationalsozialistischer Verbrechen mit kritischen verbalen Diskussionen in der Gegenwart geht jedenfalls meist einher mit einer Relativierung und Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen. Derartige Mechanismen sind Merkmale des *sekundären Antisemitismus*. Dies unterstreicht umso mehr die Notwendigkeit einer professionellen Auseinandersetzung mit Antisemitismus in all seinen Facetten - wobei die Betonung auf professionell liegt. Zum Glück gibt es viele Institutionen wie *anders denken* oder das *Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment*, die dabei unterstützen.

Der Verweis wiederum auf die sogenannten ‚Anderen‘, wenn es um Antisemitismus geht, unterstreicht die Relevanz einer rassismuskritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Und da kommt z. B. die *ju:an Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit* ins Spiel. Deren Ansatz ist es, Antisemitismus und Rassismus als je eigenständige Diskriminierungsformen zusammenzudenken – damit Interventionen gegen Antisemitismus eben nicht mit einer (Re-)Produktion von Rassismus einhergehen bzw. vice versa. Dass aber, wie in der Frage geschildert, Interventionen gegen Antisemitismus auch auf rassistischen Denkmustern basieren, begründet sich in *Externalisierungen* des Problems: Um selbst nicht als antisemitisch zu gelten und sich von dem Problem Antisemitismus distanzieren zu können, wird auf konstruierte ‚Anderer‘ verwiesen. Dabei ist Antisemitismus ein *gesamtgesellschaftliches* Problem. Die Externalisierung von Antisemitismus ist übrigens eine weitere große Herausforderung der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit. Um auf diese und weitere Herausforderungen reagieren und eine antisemitismuskritische Wissenschaft wie Praxis fördern zu können, braucht es die Vermittlung entsprechenden Wissens und die Entwicklung einer entsprechenden Haltung sowie eines reflektierten Könnens. Wie könnte dies gefördert werden? Über die curriculare Verankerung von Antisemitismus und eine antisemitismuskritische Lehre. Eine Lehre, die nicht nur auf die Vermittlung von Fakten setzt, sondern auch ein Sich-In-Beziehung-Setzen sowie Empathie fördert.

Die antirassistische Registerstelle der ASH Berlin

Das Antirassistische Register dokumentiert extrem rechte Aktivitäten und Diskriminierung an der Alice Salomon Hochschule und im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Auch an der ASH Berlin oder auf dem Weg zur Hochschule kann es zu diskriminierenden Beleidigungen, Angriffen und/oder rechter Propaganda kommen. Bei unserem Register könnt ihr diese Vorfälle melden. Register gibt es in allen Berliner Bezirken.

Das Dokumentieren hilft den Registern dabei, ein aktuelles Bild davon zu bekommen, an welchen Orten es besonders häufig Diskriminierung gibt oder wo die extrem rechte Szene besonders präsent ist. Durch dieses Wissen können demokratische Akteur*innen ihre Maßnahmen besser darauf anpassen. Ziel der Register ist nicht nur die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register daher nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle ein, wie Sachbeschädigungen und Angriffe. Es werden ebenfalls niedrigschwelligere Vorkommnisse aufgenommen, wie Aufkleber oder Beleidigungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden.

Wenn ihr weitere Fragen habt oder Vorfälle melden wollt, könnt ihr gern eine E-Mail schicken an das Register der ASH (arreg@ash-berlin.eu) oder das Register Marzahn-Hellersdorf (pfhd-mh@stiftung-spi.de). Gemeinsam machen wir alle gemeldeten Vorkommnisse im Bezirk sichtbar in einer Chronik (<https://www.berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf>).

Nach dem „Online-Semester“ gibt es auch wieder persönliche Sprechzeiten, die ihr auf der Seite des AstA und StuPa ASH einsehen könnt. Im Eingangsbereich der ASH an der Pforte befindet sich außerdem ein blauer Briefkasten über den ihr – auch anonym – Kontakt aufnehmen könnt.

Noch ein wichtiger Hinweis: Die Registerstelle der ASH ist keine Opferberatungsstelle, sondern dokumentiert die Vorkommnisse, die aus der Hochschule und dem Bezirk gemeldet werden. Wir versuchen euch bei Fragen und Problem so gut zu unterstützen, wie wir können. Wenn ihr selbst betroffen seid und eine professionelle Beratung benötigt, könnt ihr euch z.B. an ReachOut wenden. Wir vermitteln euch gern an entsprechende Stellen weiter.



←

10. Oktober 2019

Diskriminierende Kommentare auf Facebook

Nach einer Pressemitteilung des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten anlässlich des Richtfests für die geplante Modulare Flüchtlingsunterkunft Murtzahner Ring kam es auf Facebook zu zahlreichen diskriminierenden und grob herabwürdigenden Kommentaren gegen Geflüchtete.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

Verschwörungsmythen

aus studentischer Perspektive

Ich schreibe aus der Sicht als Studierende der sozialen Arbeit, was auch die Perspektive ist aus der heraus ich heute sprechen möchte. Ein großer Teil der Sozialen Arbeit sind systemerhaltende Maßnahmen, die in einem Netz von Interessenskonflikten häufig das Ziel verfolgen, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt, oder die als homogene Gruppe imaginierte Gesellschaft einzugliedern. Trotzdem kann Soziale Arbeit auch ein Mittel sein, um soziale Ungerechtigkeit und Diskriminierung entgegenzuwirken. Neben den Methodenköffern, die im Laufe unseres Studiums mit tollen Tips und Tricks gefüllt werden sollen, müssen angehende Sozialarbeiter_innen auch dazu ausgebildet werden, Ideologien der Ungleichwertigkeit zu erkennen und sich mit Gründe, Ursprünge und Wirkmächtigkeiten von Diskriminierungsrealitäten auseinandersetzen. Es bedarf dabei einen weiten Blick in die Geschichte und ihre Kontinuum, eine kritische Auseinandersetzung mit Macht- und Herrschaftsstrukturen und eine dezidierte Analyse von individuellen Verhältnissen und wie diese sich institutionell und strukturell manifestieren.

Genau diese Perspektive meinen auch viele Lehrende der Sozialen Arbeit zu haben und ihren Studierenden zu vermitteln. Leider müssen wir jedoch beobachten, dass viele Dozierende die sich in der Vergangenheit mit kritischer Gesellschaftstheorie befasst haben und Studierenden eine scharfe analytische Perspektive an die Hand gegeben haben, sich nun immer weiter im Spektrum der Verschwörungsmythen bewegen. Zwar haben einige dieser Dozierenden ein gutes Theorieverständnis im Bereich der Herrschaftskritik und zitieren gerne lektüresicher Theoretiker_innen wie Judith Butler, Michelle Foucault und Theodor W. Adorno. Diese werden dann aus dem fernen Wissenschaftsturm und den Büros und Bibliotheken auf die Hygiene- und Pandemiemaßnahmen des Staates draufgeworfen. Die Reflexion der eigenen Machtposition kommt dabei häufig zu kurz. Diskussionen durch kritische Anmerkungen von Studierenden werden abgeübelt, was durch die online Formate über die Hochschullehre derzeit stattfindet, maßgeblich erleichtert wird. Außerdem sind Studierende von ihrer Notengebung und damit teilweise Wohlwollen abhängig, da diese ihre berufliche und akademische Zukunft beeinflussen.

Eine Auseinandersetzung und Infragestellung von Maßnahmen bezüglich der Eindämmung von Covid-19 ist definitiv wichtig und angebracht und muss auch in Bezug auf die Soziale Arbeit diskutiert werden.

Viele der Verschwörungserzählungen sind einerseits sehr komplex, bedienen sich jedoch andererseits historisch manifestierter und eingefleischter Ressentiments, Stereotype und Erklärungsmuster weshalb sie so zugänglich erscheinen und gut aufzugreifen und wiederzugeben sind. Zentral sind dabei antisemitische Ressentiments, sowie antijudaistische Erzählungen die bis ins Mittelalter zurückreichen. Anders als bei Rassismus wo das sogenannte „Andere“ als eine Bedrohung von außen darstellt wird, konstruieren antisemitische Ressentiments eine – die vermeintliche Gemeinschaft zersetzende – Gruppe innerhalb der Gesellschaft, die sich jedoch an ihrer Spitze befindet. Eine Elitenkritik sowie eine Kritik am Kapitalismus wird in Verschwörungserzählungen häufig vor antisemitische Äußerungen geschoben. In einer komplexen Gemengelage in der (meist männliche) Rädelsführer sich lautstark und dominant in den Diskurs drängen ist eine dezidierte Analyse notwendig, aus der heraus eine deutliche antifaschistische und feministische Positionierung möglich ist, wichtig.

Als Person die das Kurrikulum der Sozialen Arbeit gut kennt, kann ich sagen, dass Antisemitismus definitiv eine Lehrstelle im Kurrikulum Soziale Arbeit darstellt! Daher fordern wir eine Thematisierung von Antisemitismus abseits einer Gleichsetzung mit Rassismus. Außerdem fordern wir Hochschulen dazu auf, sich von Dozierenden zu distanzieren die sich öffentlich und in Seminaren auf Seiten der Hygienedemos positionieren und den Studierenden ihre Verschwörungsmythen aufdrängen. Viele Studierende sind vor Lauter Foucault-Bezügen ganz wirt im Kopf und wünschen sich Handlungs- und Argumentations-sicherheit um sich im Seminar und in der praktischen Arbeit sicher positionieren zu können. Deshalb müssen wir als Studierende uns eigenverantwortlich auf den Weg machen und uns auch außerhalb des von Dozierenden vermittelten Wissens, über zB. Broschüren der MBR oder der Amadeu Antonio Stiftung, bilden um Verschwörungsmythen nicht unwidersprochen stehen zu lassen. All jene Menschen die strukturell diskriminiert werden und unter den Machtverhältnissen leiden die die Gesellschaft stukturieren, tun dies zur Zeit nun noch mehr. Wir sind nicht alle gleich in dieser Krisis oder von Corona und den Ausmaßen betroffen, das ist eine gefährliche Annahme die viel Leid unsichtbar macht.

Seid solidarisch, haltet Abstand und steht auf gegen Antisemitismus und Verschwörungsmythen!

Quellen:

Messerschmidt, Astrid (2008) Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft – vom Umgang mit Rassismus und Antisemitismus, In: Peripherie, Jg. 28, Nr. 109/110, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 42-60

Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2020) Wissen was wirklich gespielt wird...Krise, Corona und Verschwörungserzählungen, Berlin

Das „rand.gestalten Festival“

– Selbstorganisierte (alternative) Kultur

Wir, die rand.gestalten-Crew, haben zwischen 2011 und 2016 einmal im Jahr auf dem Gelände des AJZ KITA in Berlin-Hellersdorf ein Festival organisiert – umsonst und draußen. In den drei darauffolgenden Jahren gab es die „rand.gestalten Sternfabrik,“ ein (Kampf-)Sportwochenende, dessen Schwerpunkt auf theoretischen und praktischen Workshops lag – aber darum soll es hier nicht gehen. Dieses Jahr soll es zum 10-jährigen Bestehen im besten Fall beides geben!

Warum umsonst, wenn man mit Festivals doch Geld verdienen kann?

Wir wollen ein Festival für alle veranstalten. Viele Menschen in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus müssen neben dem Erstjob leider zusätzlich noch Geld vom Amt beantragen oder sogar einen Zweit- und Drittjob annehmen, um über die Runden kommen zu können – Menschen, die wir aufgrund ihrer prekären Situation nicht von der Möglichkeit einer Teilhabe an unserem Festival ausschließen wollen. Wir ermöglichen auch den Kids aus Geflüchtetenunterkünften sowie aus der Nachbarschaft eine Teilnahme an einen erlebnisreichen Tag.

Und was gibts bei euch so?

Neben einer Kidscorner mit Hüpfburg und Co. gibt es Siebdrucken, Kaffee- und Essenstände sowie Infotische von politischen und kulturellen Projekten. Natürlich haben wir auch kalte Getränke und ein abwechslungsreiches Musikprogramm. Von HipHop-Acts, über Punk- und Rockbands, bis hin zu Liedermacher*innen und Ska-Bands hatten wir schon alles dabei. Und auch in diesem Jahr wollen wir natürlich ein möglichst breitgefächertes Programm anbieten.

Zusätzlich wollen wir, wie auch schon in den Jahren davor, bereits in der Woche vor dem Festival versuchen unser Angebot mit Theater und Infoveranstaltungen noch vielfältiger zu gestalten und so noch mehr Kultur im Kiez anbieten. Unser Ziel ist es, ein möglichst alternatives Kulturprogramm zusammenzustellen, bei dem sich Menschen über den Kiez informieren, neue Leute kennenlernen, oder einfach mal die Seele baumeln lassen können.



↑

20. Juli 2019

Angriff auf junge Muslima in Marzahn-Nord

Einem 13-jährigen Mädchen wird gegen 16.20 Uhr in der Eichhorster Straße von einer 29-jährigen Frau aus antimuslimischer Motivation das Kopftuch heruntergerissen. Die 13-Jährige wird gewürgt und geschlagen.

Quelle: ReachOut

Aber wie finanziert ihr euch?

Der Hauptteil der Finanzierung gelingt uns über „Solikonzerte“, also kleine Konzerte, die wir im Vorfeld organisieren. Den Rest versuchen wir über Anträge reinzuholen. Manche Gäste lassen beim Festival auch Spenden da, durch die dann zum Beispiel einzelne Fixkosten (Technik, Acts, Miete oder Verpflegung) gedeckt werden können.

Wir selbst machen das Ganze ehrenamtlich, zahlen uns also keinen Lohn aus. Sollte es nach einem Festival (unerwarteterweise) doch mal einen Überschuss geben, spenden wir diesen an soziale Projekte oder unterstützen damit andere Kulturveranstaltungen.

Was ist mit Corona? Findet das Fest dieses Jahr statt?

Leider haben wir keine Glaskugel, hoffen aber erst mal auf das Beste. Heißt: Wir planen weiter und müssen zeitnah sehen, ob und wie das Festival zu realisieren ist. Es wäre sehr schade, falls es nicht stattfinden kann, da wir uns zum 10jährigen Jubiläum vorgenommen haben, gleich ein ganzes Wochenende zu feiern. Bisher wurde schon eine Menge Zeit und Arbeit in die Vorbereitungen gesteckt. Wir bleiben jedoch noch immer optimistisch und halten euch über unseren Blog (randgestalten.noblogs.org) auf dem Laufenden.

Gibt es noch mehr solcher Projekte/Festivals?

Tatsächlich gab es früher mehr davon, auch in Marzahn-Hellersdorf. Als Vorgänger zu unserem Projekt gab es zum Beispiel das „Rock für Links“ oder das „Kulturschock“-Festival. Aber auch in anderen Bezirken gab es ähnliche Veranstaltungen, wie etwa das „VoSiFa“, „uffmucken“ oder „die Platte beb't“.

Jetzt sind es überwiegend kommerzielle Festivals wie das "Lolapalooza" und Co. – Festivals die sich nicht alle leisten können. Davon abgesehen findet nur noch vereinzelt hier und da mal in einem Projekt ein Hausfest, mit einem ähnlichen Charakter wie das "rand.gestalten" statt, meistens aber 'nur' über einen Tag. Vielleicht ist Corona eine Chance, wieder mehr do-it-yourself Feste auf die Beine zu stellen, bei denen nicht der 1000-Euro-Act auftreten muss, sondern es vielmehr um eine gemeinsam gestaltete Zeit und die Teilnahme von Menschen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten geht. Wie in den Nachrichten berichtet wird, haben kommerzielle Festivals auch an den diesjährigen Ausfällen zu knabbern und könnten durch Geldprobleme verschwinden. Dadurch könnte eine Lücke entstehen, die ihr und wir wieder mit eigenen kleinen Projekten und Festivals schließen können.

Also: Mut zur Lücke! Nutzen wir die vielleicht freiwerdenden Termine und Slots für kostenfreie Kultur. Machen wir Festivals und Openairs selber und selbstbestimmt! Zurück zum DIY!

Infos unter: <https://randgestalten.noblogs.org/>

Bild Rückseite:

2. November 2019 →

Infostand der NPD in Marzahn-Mitte

Die JN, die Jugendorganisation der neonazistischen NPD, organisierte am Sonnabend, den 2. November, einen Infostand an der Marzahner Promenade. Offenbar beteiligten sich fünf Männer an der Aktion.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

